

Antrag auf Unterstützungsleistung zum Ausgleich für in 2023 krisenbedingt anfallender Mehrkosten „Billigkeitsrichtlinie Stärkungspakt NRW“

1. Antragsteller	Name: Adresse:
2. Kontaktperson	Name: Funktion: Telefon: E-Mail:
3. Unterstützung für (bitte zutreffendes ankreuzen)	Mehrausgaben Energiepreise <input type="checkbox"/> (s. Punkt 6) Mehrausgaben Angebote <input type="checkbox"/> (s. Punkt 7) Mehrausgaben Honorare <input type="checkbox"/> (s. Punkt 8)
4. Beschreibung Mehrausgaben (Art der Ausgabe, Zeitraum, Stückzahl)	
5. Bestehen bereits andere Förderungen für die Ausgaben oder wurden diese beantragt? (falls ja: bitte bestehende Förderung benennen)	<input type="checkbox"/> Ja: _____ <input type="checkbox"/> Nein

<p>6. Mehrausgaben Energiepreise</p>	<p>Name Energieversorger/Vermieter:</p> <p>Kundennummer, falls vorhanden:</p> <p>Was wird beantragt?</p> <p><input type="checkbox"/> in 2023 höhere Mieten/Pachten</p> <p><input type="checkbox"/> in 2023 höhere Energiekosten</p> <p><input type="checkbox"/> in 2023 andere höhere Nebenkosten:</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p><input type="checkbox"/> Beantrage Förderung bitte eintragen: (Bsp. Miete alt 500 € / Miete neu 600 € / für 12 Monate = 100 € Mehrkosten x 12 Monate = 1.200 €)</p> <p>= _____ Euro</p> <p>= _____ Euro</p> <p>= _____ Euro</p> <p>= _____ Euro</p> <p>Sollte der Platz nicht ausreichen, bitte weitere Anlage beifügen!</p>
<p>7. Mehrausgaben lfd. Kosten oder Ausgaben krisenbedingt geschaffenes Angebot</p>	<p><input type="checkbox"/> Kostensteigerung für Reinigungs-/Desinfektionsmittel</p> <p><input type="checkbox"/> Kostensteigerung für Handschuhe/Masken/Spuckschutzwände</p> <p><input type="checkbox"/> zusätzliches Besteck, Einweg-/Mehrweggeschirr, Küchenutensilien</p> <p><input type="checkbox"/> andere krisenbedingt zusätzlich angefallene Mehrkosten:</p> <p>_____</p> <p>_____</p>

	<hr/> <hr/> <p><input type="checkbox"/> Beantragte Förderung bitte eintragen: (Bsp. Einmalhandschuhe / 1000 Stück / 50 €)</p> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <p>Sollte der Platz nicht ausreichen, bitte weitere Anlage beifügen!</p>
<p>8. Mehrausgaben Personalkosten/Honorare oder zusätzlich krisenbedingt geschaffenes Angebot</p>	<p><input type="checkbox"/> Personal-/Honorarausgaben für zusätzliche Fachkraft</p> <p><input type="checkbox"/> Kosten für Ehrenamtler</p> <p><input type="checkbox"/> Kosten für Ungelernte/Studierende/Minijobber</p> <p><input type="checkbox"/> Kosten zusätzliches Angebot (bitte Angebot kurz erläutern)</p> <p><input type="checkbox"/> Kosten für: _____</p> <hr/> <hr/> <hr/> <p><input type="checkbox"/> Beantragte Förderung bitte eintragen: (Bsp. Honorar / 50 Stunden je 20 € = 1.000 €)</p> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <p>Sollte der Platz nicht ausreichen, bitte weitere Anlage beifügen!</p>

9. Unterstützungsleistung gesamt (Euro):	
10. Bankverbindung	Kontoinhaber: IBAN: Kreditinstitut:
<p><u>Verbindliche Erklärung der Einrichtung zur Bedarfsanmeldung gegenüber der Kommune</u></p> <p><input type="checkbox"/> Mir ist bewusst, dass die Unterstützung als Billigkeitsleistung gewährt wird und im Falle einer Überkompensation (Entschädigungs-, Versicherungsleistungen, andere Fördermaßnahmen) zurückzuzahlen ist.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich versichere, dass im Falle der Gewährung der Unterstützung diese in der Steuererklärung der Einrichtung als steuerpflichtige Einnahme angegeben wird.</p> <p><input type="checkbox"/> Mir ist bewusst, dass bei künftiger Beantragung weiterer öffentlicher Finanzhilfen, die aufgrund dieses Antrages gegebenenfalls gewährte Unterstützung angegeben werden muss.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin darüber informiert, dass es sich bei Angaben des Antrags um subventionserhebliche Tatsachen i.S.d. § 264 des Strafgesetzbuches i.V.m. § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) und Art. 1 des Landessubventionsgesetzes (GV. NW. 1977 S. 136) handelt. Es ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben eine Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin darüber informiert, dass nur Ausgaben, die in den Monaten Januar 2023 bis Dezember 2023 voraussichtlich anfallen werden, abgerechnet werden können.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich erteile meine Zustimmung zur Erhebung und Verarbeitung der für die Gewährung der Unterstützung erforderlichen Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.</p>	

Informationen zur Datenverarbeitung gem. Art. 13 DSGVO

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie der betrieblichen Datenschutzkoordinatorin

Verantwortlicher: Stadt Bad Salzuflen, Der Bürgermeister, Rudolph-Brandes-Allee 19, 32105 Bad Salzuflen

Kontakt: Der Datenschutzbeauftragte/ für die Stadt Bad Salzuflen, Tel. 05222/952-0, Fax 05222/952-161, E-Mail: daten-schutzfd10@bad-salzuflen.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Um einen Antrag auf Unterstützungsleistung zu stellen, ist die Angabe von firmen- und personenbezogenen Daten notwendig. Die im Antrag angegebenen Daten werden zum Zweck der Prüfung des Antrags sowie zur Gewährung von Leistungen gespeichert und verarbeitet. Die Verarbeitung beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit der Billigkeitsrichtlinie „Stärkungspakt NRW“ der Stadt Bad Salzuflen.

Folgende Daten werden gespeichert:

- Informationen zum Antragsteller (Name, Anschrift, Bankverbindung)
- Daten der Kontaktperson (Name, Vorname, Funktion, Telefon, E-Mail-Adresse)
- eingereichte notwendige Unterlagen.

3. Empfänger von Daten

Bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Behörde, erhalten nur diejenigen Mitarbeitenden Zugriff auf die Daten, die für die Abwicklung der Billigkeitsrichtlinie zuständig sind. Die erhobenen Daten können zu Prüfungszwecken an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen übermittelt werden. Eine Übermittlung an diese Stellen erfolgt nur, sofern es für die Bearbeitung des Antrags oder des Verwendungsnachweises erforderlich ist.

4. Dauer der Speicherung

Die Daten werden für die Dauer von 10 Jahren gespeichert. Nach Ablauf dieser Frist werden sie unverzüglich gelöscht.

5. Betroffenenrechte

Den betroffenen Personen stehen insbesondere folgende Rechte zu:

- **Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO**
Die betroffene Person hat das Recht, eine Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen ausgeführten Informationen zu erhalten.
- **Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO**
Die betroffene Person hat das Recht, unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- **Recht auf Einschränkung, Art. 18 DSGVO**
Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B., wenn sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung, ob dem Widerspruch stattgegeben werden kann.
- **Beschwerderecht, Art. 77 DSGVO**
Die betroffene Person hat das Recht, sich gem. Art. 77 DSGVO bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für Niedersachsen zu beschweren:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen

Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf
0211 -384240
poststelle@ldi.nrw.de

Ich versichere, dass alle Angaben zu diesem Antrag nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu erfolgt sind.

Bad Salzuflen, den

Unterschrift